

Für leistungsstarke Kommunen und Regionen

**Bund der Bürgerinitiativen und
Freie Wähler Sachsen-Anhalt
(BBW)**

- Wahlprogramm -

**zur Landtagswahl
am 26. März 2006**

Vorwort

Die Partei

Bund der Bürgerinitiativen und Freie Wähler Sachsen-Anhalt (BBW)

nimmt als echte bürgerliche Alternative zu den bisherigen Parteien an den Landtagswahlen teil.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt sind Grundlage unseres politischen Wirkens. Wir lehnen jede Art von Extremismus, der unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gefährdet, konsequent ab.

Mit einem Erfolg bei den Landtagswahlen werden wir auf die Gestaltung der Gesetze Einfluss nehmen, um die Vorstellungen und Ziele des Bürgerbündnisses in unserem Land zu verwirklichen.

Der BBW handelt allein auf der Grundlage der Prinzipien und Leitlinien der Freien Wähler und der den Bund stützenden Bürgerinitiativen und Wählergemeinschaften in unserem Land.

Unser Hauptaugenmerk gilt den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Menschen. In erster Linie ist unser Handeln die konsequente Suche nach Chancen, unser Land spürbar nach vorne zu bringen, die Kommunen zu stärken, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen und den sozial Schwachen, insbesondere den Jugendlichen und Kindern, zu helfen.

Wir wollen die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und Regionen stärken, um damit die Lebensqualität in Stadt und ländlichem Raum zu erhalten und perspektivisch zu verbessern.

Wir wollen die Keimzelle der Gesellschaft, die Familie, besonders fördern und uns für die Chancengleichheit aller Menschen einsetzen.

Die älteren Menschen einbeziehen, deren Erfahrungen nutzen, sie der Jugend vermitteln, das ist die Garantie für eine gute Perspektive unseres Landes.

Wir, der Bund der Bürgerinitiativen und Freie Wähler (BBW), fordern die Anerkennung des Bürgerwillens bei Grundsatzentscheidungen des Landes in Form von anerkannten Bürgerbegehren, die eine wichtige Erweiterung unserer demokratischen Umgangsformen und Entscheidungsfindungen sind..

Wir sind davon überzeugt, dass wir, ohne uns an andere Parteien zu binden, im Parlament die Vorstellungen des Bürgerbündnisses in einer sachgerechten und erfolgreichen Politik mit gesundem Menschenverstand und praktikablen Lösungen am besten zur Geltung bringen, da wir völlig frei von verkrusteten Ideologien und persönlichem oder parteipolitischem Machtstreben sind.

I Arbeitsmarkt- und Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger

1. Arbeitsmarktpolitik

**Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Würde,
stürzt sie in tiefe Verzweiflung.
Arbeitslosigkeit belastet die Kommunen in zunehmendem Maß.**

- * Konsolidierung des Arbeitsmarktes und Reduzierung der Arbeitslosigkeit bleiben die dringendsten Gebote. Wir helfen dort, wo Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden. Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive. Ausbildungswillige Schulabgänger müssen eine Lehrstelle oder einen Studienplatz erhalten.
- * Aktive Arbeitsmarktpolitik im ländlichen Raum soll die Abwanderung stoppen. Wir wollen den ländlichen Raum bei Erhalt der dörflichen Identität zukunftsorientiert fortentwickeln.
- * Wir unterstützen das Engagement von Landwirten zur Einkommenssicherung in anderen Bereichen, die mitentscheidend für die zukünftige Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes sind und eine Entlastung der Städte ermöglicht.
- * In den Städten wollen wir die Bündelung aller Kräfte unterstützen, um auch hier Arbeitsstellen zu sichern und neue zu schaffen.
- * Wir werden die notwendigen Voraussetzungen schaffen, die Vermittlung Arbeitssuchender auf dem Arbeitsmarkt zu intensivieren und wollen, dass dies von verantwortungsbewussten Kommunen durchgeführt wird.

2. Kommunalpolitik

- * Wir wollen ein mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattetes Gemeinwesen, das optimal strukturiert allein den Belangen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist.
- * Mit ausreichenden Mitteln können Kommunen investieren, gewinnbringende Aufträge an ortsansässige Firmen vergeben und somit Arbeitsplätze sichern. Wir wollen auf fünf Jahre festgelegte Investitionsförderprogramme. Damit können Kommunen sicher ihre Zukunft planen und lokale Einrichtungen wie Feuerwehren, Vereine, Schulen usw. sichern.
- * Die von der jetzigen Regierung vorgelegte Gebietsreform lehnen wir ab. Wir setzen uns für fünf gleichberechtigte Regionalkreise ein, die den etablierten Wirtschaftsregionen entsprechen. Damit wird unser Land effektiv und kostengünstig verwaltet. Das Landesverwaltungsamt wird damit überflüssig.

- * Wir wollen die Gemeindeordnung künftigen Anforderungen anpassen. Ortschaftsräte brauchen mehr Mitspracherechte. In jeder Einheitsgemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft wird ein Bürgerbüro eingerichtet. Dort regeln Bürger ihre Anliegen, ohne zum fernen Landratsamt fahren zu müssen. Ehrenamtlich Tätige, die sich für Bürgerbelange einsetzen, müssen in Ihrer Tätigkeit mehr geschützt werden.
- * Wir wollen landesweit gleichwertige Lebensverhältnisse wahren. Wir müssen Schulen, Vereine, die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sowie gemeinde-spezifische Strukturen erhalten. Politik für Menschen in ländlichen Räumen ist Politik für die Menschen in Sachsen-Anhalt.
Bei dieser Zielsetzung vergessen wir nicht die berechtigten Belange der Städte. Städte und ländlicher Raum sind gleichberechtigt zu fördern.

II Wirtschafts- und Finanzpolitik

1. Wirtschaftspolitik

Wir fordern: Mehr Investitionen - Weniger Bürokratie Förderung der Binnennachfrage

- * Handwerk und Mittelstand wollen wir von unnötiger Bürokratie befreien, um verwaltungsbedingte Kosten radikal zu reduzieren. Unternehmen in Sachsen-Anhalt sollen mit soliden Aufträgen Gewinne machen. Richtlinien für Ausschreibungen wollen wir ändern, damit Chancengleichheit bei den Bewerbungen um Aufträge erreicht wird.
- * Dienstleistungsgewerbe und produzierende Firmen wollen wir anwerben, indem die Investitions- und Förderquote im Haushalt angehoben und Planungssicherheit gewährt wird. Damit motivieren wir noch mehr Unternehmen, in unserem Land zu investieren.
- * Die Binnennachfrage muss generell angekurbelt werden durch wirtschaftliche und steuerliche Anreize für den Verbraucher. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir ab.
- * Wir wollen die Überzahl an Verwaltungsvorschriften reduzieren. Richtlinien, die sechs Monate nicht gebraucht wurden, treten wegen Nutzlosigkeit automatisch außer Kraft.
- * Öffentliche Auftraggeber werden wir zwingen, Auftragnehmer nach ordnungsgemäßer Arbeit zeitnah zu entlohnen. Für diese Problematik werden wir eine landesweite Beschwerdestelle einrichten.
- * Wir wollen den Rahmen vorgeben, damit in Verbindung mit den im Lande vorhandenen Einrichtungen (Universitäten, Institute, Hoch- und Fachhochschulen) mehr marktfähige Produkte entwickelt und gefördert werden.

- * Bei Landesförderung muss gelten: Hilfe zur Selbsthilfe! Klare und verständliche Richtlinien für die Vergabe von Fördergeldern, angepasst an die Bedürfnisse der Regionen. Chancengleichheit bei der Vergabe der Gelder! Nutznießer von Fördergeldern müssen dahingehend kontrolliert werden, dass die Mittel ordnungsgemäß arbeitsmarktgerecht und arbeitsplatzfördernd verwendet wurden.

2. Finanzpolitik

- * Wir fordern als Priorität Nr. 1 überall im Land das Verbot von staatlichen Ausgaben, die keine Arbeitsplätze sichern oder schaffen, sondern allein von Prestigedenken geleitet sind.
- * Wir wollen, dass nachweisliches Fehlverhalten der Verwaltung, insbesondere das Verschwenden von Steuergeldern, zu wirksamen Korrekturen, Regressforderungen, rechtlichen Maßnahmen und personellen Konsequenzen führt.
- * Wir wollen einen Kurs konsequenter Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau, um mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.
- * Wir wollen sicherstellen, dass die in den Kommunen erwirtschaftete Gewerbesteuer auch tatsächlich den Kommunen verbleibt.
- * In der Ausgabenpolitik wollen wir die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen auf Dauer mit langfristigen Investitionsprogrammen sichern aber auch prüfen, ob die Gelder produktiv ausgegeben werden.

III Leistungsfähige Infrastruktur und Innere Sicherheit

1. Leistungsfähige Infrastruktur

- * Wir wollen Mobilität als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung steigern. Wir setzen uns ein für eine bedarfsgerechte Infrastruktur durch Reformierung des öffentlichen Personennahverkehrs mit günstigen Preisen für die Verbraucher.
- * Wir setzen uns dafür ein, die lokale Infrastruktur auf die Bedürfnisse von Familien mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen auszurichten.
- * Wir treten ein für die Bildung von Wohneigentum. Baugrundstücke für Bauwillige sollen verbilligt angeboten und damit indirekt subventioniert werden, um Abwanderungen entgegen zu wirken.
- * Wir sind für einen moderaten Ausbau der Elbe und Saale entsprechend der tatsächlichen Notwendigkeiten, jedoch unter Berücksichtigung ökologischer Belange.

- * Wir treten ein für städtebaulich sinnvolles Ausdünnen von komplexen Plattenbausiedlungen unter gleichzeitiger Sanierung der verbleibenden Bausubstanz, mit der maßgebliche Wohnumfeld-Verbesserungen einhergehen müssen. Hier müssen die Kommunen befähigt werden, die letzte Entscheidung zu treffen, da sie verantwortlich sind für ihre städtebauliche Entwicklung

2. Innere Sicherheit

Innere Sicherheit und Ordnung in unseren Städten und Gemeinden haben für uns einen außerordentlich hohen Stellenwert!

- * Wir sind sicher: Das Lebensgefühl der Bürger wird mitentscheidend dadurch geprägt, dass sie sich in ihrer Wohnung, ihrem Haus, und auf den Straßen in ihrer Kommune sicher fühlen können. Neben den Strafverfolgungsbehörden sind hier die Kommunen als Sicherheitsbehörden gefordert.
- * Wir geben Polizei und Justiz die politische Rückendeckung beim Ausschöpfen aller rechtsstaatlichen Mittel, um die Menschen im Land vor Straftaten durch radikal und extremistisch motivierte Personen, einzelne Gewalttäter, Gruppen oder die organisierte Kriminalität zu schützen. Überzogene Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger unter dem Deckmantel der "Inneren Sicherheit" werden von uns jedoch abgelehnt.
- * Wir fordern die personelle Aufstockung der Polizei um 1000 Beamte in den Revieren und die technisch bestmögliche Ausrüstung von Strafverfolgungsbehörden und Justiz, damit der berechtigten Forderung der Bevölkerung nach mehr Sicherheit entsprochen werden kann.
- * Wir wünschen uns, dass der von den Gesetzen ermöglichte Strafraumen von der Justiz ausgeschöpft wird. Wir sind der Meinung: Opferschutz geht vor Täterschutz!
- * Wir sind für die Integration ausländischer Mitbürger, die unsere Rechts- und Lebensordnung anerkennen. Wir sind aber auch für die konsequente Ausweisung von Ausländern, die unsere Gesetze missachten, rechtskräftig verurteilt sind oder den Sozialstaat rechtswidrig ausnutzen.

IV Nachhaltige Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik

1. Familienpolitik

- * Wir fördern die Familien. Wir fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und wollen die Daseinsbedingungen für Erziehungsberechtigte und insbesondere alleinerziehende Elternteile unter dem Begriff „Chancengleichheit“ verbessern.
- * Wir sind für die Finanzierung von Erziehungszeiten, um eine Entscheidung für das Kind bei einer Schwangerschaft zu erleichtern und damit die Geburtenrate im Land zu erhöhen.
- * Wir setzen uns ein für eine spürbare Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit nachhaltiger Belebung der einheimischen Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen kann dieses Ziel erreicht werden.
- * Wir wollen Städten und Gemeinden finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, damit es zu verbesserten Freizeitangeboten kommt. Wir wollen Mittel bereitstellen, die der Bekämpfung rechtsradikaler Bestrebungen dienen. Unser Politikziel ist es, bei allen Jugendlichen jede Art von Radikalisierung zu verhindern.
- * Wir nehmen die Sorgen und Anliegen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst und werden gemeinsam mit dem Landesseniorenrat und den lokalen Seniorenvertretungen im Interesse der älteren Menschen in unserem Land sinnvoll zusammenarbeiten.

2. Gesundheitspolitik

- * Wir fordern eine drastische Reduzierung der Anzahl der Krankenkassen. Für ganz Deutschland benötigen wir unserer Meinung nach höchstens fünf regional strukturierte Krankenkassen, um die Bürgerinnen und Bürger kostengünstig zu betreuen.
- * Das Kapitaldeckungsprinzip soll zur nachhaltigen Beitragsstabilität eingeführt werden. Wir begrüßen ausdrücklich den Wettbewerb der beiden Krankenversicherungssysteme.
- * Wir fordern eindringlich, in den Gesundheitseinrichtungen unseres Landes ausreichendes ärztliches und medizinisches Betreuungspersonal vorzuhalten, um die zur Normalität gewordenen Doppel- und Dreifachbelastungen von Ärzten, Pflegern und Schwestern wieder auf ein Normalmaß zu reduzieren und somit das Versorgungsangebot für die Bevölkerung zu optimieren
- * Die Leistungen und Fähigkeiten des medizinischen Personals in unserem Land sind angemessen zu honorieren. Das Netzwerk der medizinischen Versorgung darf in Sachsen-Anhalt keine Lücken aufweisen! Die ärztlichen Dienste sind unverzüglich von unnötiger Bürokratie zu befreien!

3. Sozialpolitik

- * Wir dulden keine weiteren Einschnitte in das soziale Netz. Beispielsweise darf es keine Kürzungen geben beim Blindengeld, bei den Zuwendungen an karitative, kirchliche und andere anerkannte, sozial engagierte demokratische Organisationen.
- * Sachsen-Anhalt hat Kindern das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz gesetzlich zugesichert und wir wollen, dass diese Betreuung für die Nutzer bezahlbar bleibt, ohne dass die Zuschüsse an die Kommunen als Träger der Einrichtungen gekürzt oder freie Träger benachteiligt werden. Für alle Kinder gelten gleiche Rechte.
- * Wir kämpfen vehement gegen Verteilungskämpfe zwischen Generationen sowie für Chancengleichheit bei der Erfüllung sozialer Bedürfnisse der Menschen in unserem Land.

V Zukunftsfähiges ganzheitliches Bildungswesen

1. Hochschulpolitik

- * Wir sind gegen jegliche Studiengebühr innerhalb der Regelstudienzeit bei allen in Sachsen-Anhalt angebotenen Hochschulstudiengängen.
- * Wir fordern für die Universitäten das Recht auf weitergehende akademische Selbstverwaltung. Sie begünstigt die aktivere Anteilnahme der Studierenden und der Lehrenden an universitären Belangen.
- * Wir fordern eine solide Finanzausstattung, damit die Bildungseinrichtungen ihrem Auftrag in vollem Umfang gerecht werden können. Wir werden dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen den Studieneinrichtungen und der Wirtschaft zu intensivieren, damit die Innovationsfähigkeit von Fachbereichen und der Wirtschaftsbetriebe deutlich gesteigert werden kann.

2. Schulpolitik

- * Wir wollen verhindern, dass Schulen immer wieder zum Experimentierfeld der Politik werden. Wir fordern ein einheitliches Schulwesen mit guter Infrastruktur, einheitlichen Lehrmitteln und Lehrmethoden und insbesondere einheitlichen Lehrinhalten. Wir wollen einzügige Schulen erhalten.
- * Wir wollen, dass eine ausreichende Anzahl qualifizierter Lehrer beschäftigt wird, denen es ermöglicht werden muss, den Lehrplan und die zu vermittelnden Stoffe mit Unterstützung der Eltern auch durchzusetzen, und zwar in verringerter Klassenstärke.
- * Wir fördern Schulen, die unsere Kinder zielstrebig fachlich und mit sozialer Kompetenz erziehen und mit bestmöglichem Wissen ausgestattet ins Berufsleben

entlassen. Damit die Kinder im Land bleiben, sollen sie die Möglichkeit bekommen, sich hier ihren Neigungen entsprechend zu verwirklichen.

VI Wettbewerbsfähige Landwirtschafts- und gesunde Umweltpolitik in einem gut strukturierten ländlichen Raum

**Landwirtschaft - Umwelt - Ländlicher Raum
müssen eine Einheit bilden !**

1. Landwirtschaftspolitik

- * Wir wollen die Existenzgrundlage unserer Landwirtschaft sichern. Unsere Landwirte dürfen keine Nachteile durch die EU-Agrarpolitik haben. Wir setzen uns dafür ein, dass durch gezielte Marketingstrategien die Erzeugnisse unserer Land- und Nahrungsgüterwirtschaft bundesweit bekannt gemacht und entsprechend gelistet werden.
- * Wir unterstützen unsere Land- und Nahrungsgüterwirtschaft beim Erreichen hoher Qualitätsstandards unter Berücksichtigung aller Forderungen des Verbraucherschutzes. Auch hier gilt: Chancengleichheit unter den Produzenten bei der Förderung. Es sollen diejenigen bevorzugt werden, die der Bevölkerung unter akzeptabler Preisgestaltung die bestmögliche Qualität liefern.

2. Umweltpolitik

- * Wir treten ein für den größtmöglichen Schutz der Umwelt und sparsamen Umgang mit den Ressourcen. Ökonomie und Ökologie stehen sich nicht diametral entgegen. Unsinnige ökologische Forderungen lehnen wir jedoch ab. Forschungsnotwendige Projekte sind von bürokratischen Hemmnissen zu befreien.
- * Die Kernenergie ist schrittweise zurückzufahren und durch umweltfreundliche und reproduzierbare Energien zu ersetzen.
- * Wir setzen uns ein für den Tier- und Artenschutz und streben die Erarbeitung von landesgesetzlichen Regelungen an, die dem Tierschutz einen höheren Stellenwert beimessen und die Verstöße dagegen unter höhere Strafe stellen.

Beschlossen am 14. Januar 2006 in Magdeburg

auf der Mitgliederversammlung der Partei

Bund der Bürgerinitiativen und Freie Wähler Sachsen-Anhalt (BBW)